

Präsident Dr. Norbert Lammert

- (A) Der Gesetzentwurf auf der Drucksache 18/10980 soll an die in der Tagesordnung aufgeführten Ausschüsse überwiesen werden. – Einwände sind nicht erkennbar. Dann ist die Überweisung so beschlossen.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 3:

Befragung der Bundesregierung

Die Regierung hat als Thema der heutigen Kabinettsitzung mitgeteilt: **Bericht der Bundesregierung zum Stickstoffeintrag in die Biosphäre.**

Dazu wird, unserer ständigen Übung folgend, nun die zuständige Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit einen einleitenden Bericht geben, zu dem auch schon Fragen bei mir angemeldet werden können, so es sie denn gibt. – Frau Ministerin, bitte schön.

Dr. Barbara Hendricks, Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Hohe Emissionen reaktiver Stickstoffverbindungen in der Umwelt stellen nach wie vor ein bedeutendes Umweltproblem dar. Das gilt zum Beispiel für Nitrate im Grundwasser oder Stickstoffoxide und Ammoniak in der Luft. Seit Mitte des 19. Jahrhunderts hat sich die jährliche Freisetzung reaktiven Stickstoffs durch menschliche Tätigkeit verzehnfacht. Die höchsten Zuwächse gab es dabei in den industrialisierten Ländern und auch in den Transformationsstaaten.

- (B) Mir ist selbstverständlich bewusst, dass zum Beispiel der Einsatz organischer und mineralischer Stickstoffdünger zur Steigerung von Erträgen dazu geführt hat, die wachsende Weltbevölkerung mit Nahrungsmitteln zu versorgen. Leider hat dies jedoch – das gehört zur Wahrheit eben auch dazu – nicht nur Nutzen gebracht, sondern auch zu erheblichen negativen Folgen für Menschen, Umwelt und Wirtschaft geführt. Vorliegende Schätzungen für die Europäische Union besagen, dass sich die Folgekosten der Stickstoffemissionen zu knapp zwei Dritteln auf gesundheitliche Schäden beziehen und zu etwa einem Drittel auf Schäden an den Ökosystemen. Trotz der erzielten Minderungserfolge werden verschiedene stickstoffbezogene Umweltqualitätsziele nicht eingehalten. Der Handlungsbedarf ist somit evident.

Die Bürgerinnen und Bürger sind sich der Tragweite des Problems und der eigenen Betroffenheit häufig gar nicht bewusst. Es herrscht also nicht nur Handlungs-, sondern auch Aufklärungsbedarf. Der jetzt vorgelegte Bericht dient ebendiesem Zweck. Er informiert die Bürgerinnen und Bürger sowie alle beteiligten Akteure, zum Beispiel aus den Bereichen Mobilität, Landwirtschaft, Industrie und Energiewirtschaft, über den Sachstand, die Ursachen und die Folgen sowie über die Lösungsansätze. Er verdeutlicht zudem die Notwendigkeit ressortübergreifenden Handelns, um die Einträge in Luft, Boden, Wasser und die Ökosysteme zu reduzieren.

Da es sich um ein systemisches Umweltproblem handelt, setzen wir auf einen integrierten Ansatz zur Stickstoffminderung, bei dem alle Verursacherbereiche in den Blick genommen werden. Unser Ziel ist es, die Emissio-

- nen reaktiven Stickstoffs in allen Umweltmedien auf ein verträgliches Maß zu reduzieren. Wir wollen weiteren Schaden abwenden, übrigens auch in Form von Vertragsverletzungsverfahren der Europäischen Kommission. (C)

Mit der Vorlage des Stickstoffberichts möchte ich Ihnen allen die Dringlichkeit dieses Themas vor Augen führen und darf mich ausdrücklich bei allen mitwirkenden Ressorts für die konstruktive Zusammenarbeit bedanken.

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Ich bedanke mich für den knappen, prägnanten Bericht. – Die erste Nachfrage hat der Kollege Lenkert.

Ralph Lenkert (DIE LINKE):

Frau Ministerin, vielen Dank für die Kurzeinführung in den Bericht. – Mich würde interessieren: Wie hoch konkret sieht die Bundesregierung das Minderungspotenzial in den einzelnen Bereichen in der Bundesrepublik, und wie möchte die Bundesregierung dieses Potenzial zukünftig erschließen? Wie möchte sie vor allen Dingen dabei sicherstellen, dass die Verursacher, die Urverursacher wie zum Beispiel die Autoindustrie, von den Maßnahmen der Bundesregierung betroffen sind und nicht eventuell Geschädigte?

Dr. Barbara Hendricks, Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit:

- Ja, es gibt Abschätzungen, wie viel welche Sektoren zum Stickstoffeintrag tatsächlich beitragen. Selbstverständlich sind hier diejenigen, die uns bekannt sind, etwa die Bereiche Mobilität oder auch Landwirtschaft, diejenigen, die am meisten verursachen; selbstverständlich gehört dazu auch die Industrie. (D)

Wir als Bundesregierung haben uns jetzt darauf verständigt, dass wir gemeinsam feststellen, welchen Handlungsbedarf es gibt. Das ist insofern neu. Das haben frühere Bundesregierungen bisher nicht geschafft. Allerdings wird es diese Bundesregierung nicht mehr schaffen, tatsächlich noch einen Stickstoffminderungsplan aufzulegen. Das bleibt der nächsten Bundesregierung vorbehalten.

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Kollege Meiwald.

Peter Meiwald (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Vielen Dank, Frau Ministerin. Vielen Dank, Herr Präsident. – Zunächst einmal stellt sich uns die Frage, warum wir uns heute mit der Problembeschreibung befassen müssen. Sie haben dargestellt, dass das Kabinett heute eine wichtige Entscheidung getroffen hat, indem es sich darauf geeinigt hat, dieses Problem zu beschreiben; aber der SRU hat uns ein Gutachten zu diesem Thema eigentlich schon 2015 vorgelegt. Uns stellt sich die Frage: Müssen wir dankbar dafür sein, dass das Kabinett nach zwei Jahren feststellt, dass der SRU recht hat, oder gibt es weiter gehende Erkenntnisse?

Peter Meiwald

- (A) Die entscheidendere Frage ist: Was leitet sich daraus ab? Der SRU hat eindeutig eine nationale Stickstoffstrategie gefordert. Sie haben gerade gesagt: Die wird es in dieser Legislaturperiode nicht mehr geben. – Aber die Frage ist: Wie wollen wir die Ziele erreichen, die definiert sind und die auch die Bundesregierung offensichtlich jetzt für sich anerkennt? Wie wollen wir auch die Biodiversitätsziele bis 2020 aus unserer Nachhaltigkeitsstrategie noch erreichen, wenn wir eine gemeinsame Stickstoffstrategie nicht haben?

Dr. Barbara Hendricks, Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit:

In der Tat dient dieser Bericht der Vorbereitung einer ressortübergreifenden integrierten Strategie zur Stickstoffminderung – mit konkreten Maßnahmen auch zur Minderung der Stickstoffbelastung in der kommenden Legislaturperiode. Handlungsbedarf gibt es in mehreren Bereichen. Wir haben in der Zwischenzeit durchaus Fortschritte erzielt; ich muss das jetzt nicht im Einzelnen ausführen. Wir haben zum Beispiel die Novelle der Düngeverordnung und des Düngegesetzes erst vor wenigen Monaten in diesem Haus verabschiedet. Natürlich trägt dies dazu bei, die Stickstoffeinträge zu vermindern.

- (B) Es gibt noch andere Bereiche, in denen wir tätig werden müssen. Zum Beispiel müssen wir die Pilotanfrage der Europäischen Kommission zur Wasserrahmenrichtlinie sachgerecht beantworten, indem wir auch in dem Bereich vorankommen. Wir haben ein Vertragsverletzungsverfahren der EU-Kommission zur Nitratrichtlinie. Auch dies liegt natürlich an übermäßigem Stickstoffeintrag. Bei der sogenannten NEC-Richtlinie, also der Richtlinie zu nationalen Emissionshöchstmenge, wie auch bei der Richtlinie zu nationalen Emissionsminderungsverpflichtungen sind wir letztlich säumig.

Dies alles muss zügig angepackt werden. Der Widerstreit der Interessen in der Koalition ist da nicht von der Hand zu weisen – das ist eigentlich auch normal –, aber gut ist, dass wir jetzt anerkannt haben, dass wir alle jeweils in unserem Verantwortungsbereich etwas tun müssen.

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Frau Tackmann.

Dr. Kirsten Tackmann (DIE LINKE):

Vielen Dank. – Frau Ministerin, es ist anerkannt – das haben Sie auch erwähnt –, dass die Landwirtschaft in diesem Kontext eine besondere Verantwortung hat, dass es einerseits um Nahrungssicherung geht und andererseits um die Frage der Emissionen und der Reduzierung der Emissionen. Gerade in der Tierhaltung ist das ein zentraler Punkt. Sie wissen, dass die Bundesregierung nach wie vor eine Exportstrategie hat, das heißt, dass die Tierhaltung sich nicht an dem orientiert, was zur Nahrungssicherung hier vor Ort gebraucht wird, sondern dass man exportieren will. Irgendwie hat das miteinander zu tun, die Produktionsmenge oder die Menge der gehaltenen Tiere und die Emissionen. Welche Strategie verfolgen Sie da? Welche Ideen haben Sie, wie wir einerseits der Tierhal-

- tung eine Zukunft geben können, andererseits aber Ihre (C) Ziele, die ich teile, erreichen können?

Dr. Barbara Hendricks, Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit:

Die Agrarpolitik hat in der Tat die Zielrichtung der Exportstrategie, aber nicht die Bundesregierung hat die Zielrichtung der Exportstrategie. Das Umweltministerium sieht das anders. Es gibt also keine Bundesregierungsstrategie zum Export landwirtschaftlicher Güter. Ich kann verstehen, dass man das in der Agrarpolitik so vorantreiben will; unter Umweltgesichtspunkten gibt es einen Widerstreit. Ich persönlich glaube – ich denke auch, dass es wissenschaftlich abgesichert ist –, dass wir wieder zu einer stärkeren Flächenbezogenheit bei der Tierhaltung kommen müssen. Die Frage, wie viele Großvieheinheiten pro Hektar zulässig sind, ist eine Grund-satzfrage.

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Kollege Krischer.

Oliver Krischer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

- Herzlichen Dank, Herr Präsident. – Frau Ministerin, zunächst einmal: Es ist natürlich ein Problem, Fragen zu einem Bericht der Bundesregierung zu stellen, wenn man den Bericht nicht kennt. Wir haben gestern in Ihrem Haus nachgefragt, hätten gern diesen Bericht bekommen, damit man ihn vorher lesen kann. Das war nicht möglich. Insofern ist es ein bisschen lächerlich, das hier zum Thema einer Regierungsbefragung zu machen. Aber es (D) scheint ja so zu sein, dass in dem Bericht nichts Neues steht. Es scheint für Sie schon ein Phänomen zu sein, dass die Bundesregierung sich überhaupt auf einen Bericht verständigen kann.

Sie haben im Sommer 2016 – darüber gibt es eine Reihe von Presseberichterstattungen – eine umfassende Stickstoffminimierungsstrategie für diese Wahlperiode angekündigt. Gerade haben Sie gesagt: Die wird es nicht mehr geben; das muss die nächste Bundesregierung machen. – Sie haben nun einen Bericht vorgelegt, in dem nichts Neues ist. Mich würde interessieren: Woran liegt es, dass eine solche Stickstoffminimierungsstrategie in dieser Wahlperiode nicht vorgelegt worden ist? Wer oder was ist die Ursache dafür?

Dr. Barbara Hendricks, Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit:

Mit diesem Bericht ist tatsächlich erstmals eine ressortübergreifende Verständigung erreicht worden, sowohl zum Problemverständnis als auch zum politischen Handlungsbedarf und der Notwendigkeit weiterer Minderungsmaßnahmen. Das ist ein Erfolg. Das ist richtig: Das ist nicht das, was ich angekündigt habe.

Gleichwohl ist dieser Schritt ein Erfolg. Der Bericht ersetzt nicht die von mir angekündigte Stickstoffstrategie; das ist so. Unsere strategischen Arbeiten zur Stickstoffminderung setzen sich aus vielen Einzelschritten zusammen. Der vorliegende Bericht ist ein Baustein dieser Arbeiten. Die ressortübergreifende Befassung soll über

Bundesministerin Dr. Barbara Hendricks

- (A) dieses wichtige Thema informieren und den politischen Diskurs vorantreiben, sodass Maßnahmen zur Minderung der Stickstoffbelastung in der kommenden Legislaturperiode konkretisiert werden können. – Ja, in dieser Legislaturperiode ist dieser Schritt noch nicht gelungen. Aber der Schritt, den wir bis jetzt gegangen sind, ist erstmalig für eine Bundesregierung.

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Frau Bulling-Schröter.

Eva Bulling-Schröter (DIE LINKE):

Danke schön. – Sehr verehrte Ministerin, mich würde interessieren: Stickstoffemissionen kommen nicht nur aus der Landwirtschaft, sondern auch aus dem Verkehr. Ich denke, darüber wird aus bekannten Gründen wenig diskutiert. Mich würde interessieren: Gibt es für den Verkehrsbereich vonseiten der Bundesregierung eine Minderungsstrategie? Wie könnte sie aussehen, und welche Zeitspanne wird noch benötigt, bis sie beginnen kann?

Dr. Barbara Hendricks, Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit:

- (B) Ja, der Verkehr ist natürlich ein Hauptverursacher von Stickstoffeinträgen. Das ist vollkommen klar. In den Städten ist es der Verkehr, der für zu hohe Stickstoffbelastungen sorgt, auf dem Land ist es im Wesentlichen die Landwirtschaft, um es vereinfacht zu sagen. Aber es ist nicht ganz falsch, wenn ich es so vereinfacht sage. Wir brauchen natürlich auch eine neue Mobilitätsstrategie unter dem Gesichtspunkt von Klima und Luftverträglichkeit. Ich denke, dass dies auch eine Aufgabe der nächsten Legislaturperiode sein muss. Ich bin absolut sicher, dass wir bei den Automobilen zu Nachrüstungen kommen müssen, im Wesentlichen natürlich bei den Dieselfahrzeugen, die Hauptverursacher der Stickstoffeinträge sind. Aber das kann natürlich zunächst einmal nur unter Berücksichtigung der technischen Möglichkeiten der Automobilindustrie geschehen.

Das gilt zum einen für die neu zugelassenen Automobile. Hier haben wir neue europäische Regeln, die schon beschlossen sind und ab September wirksam werden. An anderen Regeln wird auf europäischer Ebene gearbeitet. Ganz wichtig ist aber zum anderen auch, dass wir den jetzigen Bestand ins Auge fassen.

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Frau Lemke.

Steffi Lemke (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Sehr geehrte Frau Ministerin, Sie hatten heute eine Pressekonferenz, auf der Sie die Rote Liste gefährdeter Biotoptypen und damit der Öffentlichkeit sozusagen eine relativ vernichtende Bilanz Ihrer eigenen Arbeit vorgestellt haben. Sie sagen, dass knapp zwei Drittel der 863 Biotoptypen in Deutschland in Gefahr sind. Besonders dramatisch sei die Entwicklung bei Wiesen und Weiden, während sich nach Ihren eigenen Aussagen an einzelnen Biotopen, Flüssen und Seen, positive Entwick-

- lungen abzeichnen, die primär auf die Verbesserung von Klärstufen in den Kläranlagen zurückgehen. (C)

In einer Regierungsanfrage von mir haben Sie vor wenigen Wochen geantwortet, dass ein Großteil der Feldvögel in Deutschland vom Aussterben bedroht und ein relevanter Teil schon verschwunden ist. Das heißt, das Ziel der Bundesregierung, das Artensterben bis 2020 zu stoppen, das vor mehreren Jahren festgelegt worden ist, wird weit verfehlt. Was sind die konkreten Maßnahmen? Sie sagen: Das alles kann erst die nächste Bundesregierung machen. Das habe ich noch nicht geschafft abzuarbeiten. Das muss meine Nachfolgerin bzw. mein Nachfolger machen. – Sie hinterlassen dem nächsten Bundesumweltminister also Ihre eigene Negativbilanz.

Dr. Barbara Hendricks, Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit:

- Frau Kollegin, dies weise ich zurück, und zwar entschieden. Ich habe heute nicht eine Negativbilanz meiner eigenen Arbeit vorgelegt. Vielmehr ist das die dritte Auflage des Berichts zur Roten Liste gefährdeter Biotoptypen. Die erste Auflage gab es im Jahr 1994, die zweite im Jahr 2006. Das, was seit 2006 passiert ist, umfasst natürlich deutlich mehr als meine Zeit in der Ressortverantwortung. Wir haben in der Tat Verschlechterungen festzustellen, insbesondere im Bereich der Biodiversität bei Weiden und Wiesen. Darauf haben Sie richtig hingewiesen. Auf der anderen Seite haben wir aber auch Verbesserungen festzustellen, insbesondere bei Fließgewässern, Wäldern und Waldrändern. Wir haben selber, zum Beispiel durch die Beschlussfassung über das Blaue Band – das ist neu –, positiv darauf eingewirkt, dass es in der Zukunft besser wird. Wir haben die Situation bei den Auenwäldern verbessert – auch sie ist in den letzten Jahren besser geworden. Ja, es gibt auch noch viel zu tun – das ist nicht zu bestreiten –, und es hat insbesondere mit der Wirtschaftsweise in der Landwirtschaft zu tun. (D)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Herr Lenkert.

Ralph Lenkert (DIE LINKE):

Frau Ministerin, welche konkreten Maßnahmen hat die Bundesregierung seit der Veröffentlichung des Gutachtens des Sachverständigenrats für Umweltfragen in Angriff genommen, um die zu hohen Stickstoffeinträge zu reduzieren? Welche Handlungsempfehlungen und Lösungsansätze des Sachverständigenrats für Umweltfragen haben Sie als Bundesregierung verfolgt, und was halten Sie von dem Vorschlag, eine Stickoxidabgabe einzuführen?

Dr. Barbara Hendricks, Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit:

Ganz wesentlich ist – darauf habe ich ja eben schon hingewiesen –, dass wir uns nach wirklich langen Vorarbeiten und kräftigen Auseinandersetzungen auch innerhalb der Bundesregierung und in diesem Parlament auf ein neues Düngegesetz und eine neue Düngeverordnung verständigen konnten. Das ist ein wesentlicher Schritt in

Bundesministerin Dr. Barbara Hendricks

- (A) Richtung der Minderung der Stickstoffeinträge. Es ist der wichtigste Schritt, den wir seit der Veröffentlichung des Sachverständigenrats für Umweltfragen gegangen sind. Man sollte es nicht negieren. Es hat mehr als fünf Jahre gedauert, bis wir das haben durchsetzen können – immerhin einvernehmlich. Es ist eben manchmal nicht so einfach. Aber ist es der wichtigste Schritt, den wir seither gegangen sind.

Wir haben keine Position zur Erhebung einer Stickstoffabgabe. Ich halte dies zurzeit nicht für nötig, sondern halte es für sinnvoller, in Zusammenarbeit mit denjenigen, die Verursacher von Stickstoffeinträgen sind – man muss auch mal sagen, dass diese Einträge nicht vollständig vermeidbar sind; die Verursacher sind ja nicht böswillig –, die Arbeitsweisen unter vernünftigen Konditionen zu ändern.

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Kollege Ebner.

Harald Ebner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

- (B) Danke schön. – Frau Ministerin, Sie haben gerade von Ihrer Erfolgsbilanz – Düngegesetz und Düngeverordnung – gesprochen. Da möchte ich die Stoffstrombilanz – oder, wie wir es gerne nennen, Hoftorbilanz – ansprechen, die ein Mittel sein sollte und aus unserer Sicht auch ein geeignetes Instrument sein könnte, um Stickstoffeinträge zu regeln, zu regulieren und zu reduzieren. Allein, es fehlt ja eine Regelung. Die Düngeverordnung regelt die Frage der Stoffstrombilanz leider nicht; das wurde in die entsprechende Stoffstrombilanzverordnung ausgelagert. Da – wurde uns heute im Ausschuss berichtet – weiß man nichts Genaues, da gibt es keine konkreten Ergebnisse von Gesprächen, und niemand weiß, in welche Richtung die Gespräche gehen. Vielleicht können Sie uns etwas dazu sagen, was denn hier eigentlich erreicht werden soll, mit welchen konkreten Festlegungen Sie jetzt die Reduzierung von Stickstoffeinträgen an der Stelle erreichen wollen.

Dr. Barbara Hendricks, Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit:

Herr Kollege Ebner, wir als Bundesregierung haben ja gemeinsam mit den Ländern ein sogenanntes Düngepaket auf den Weg gebracht, das sich durchaus sehen lassen kann und ganz sicher zu einer Verbesserung der Situation bezüglich der zu hohen Stickstoffeinträge aus der Landwirtschaft führen wird. Im Rahmen des Pakets haben wir auch beschlossen – wie Sie richtig sagen –, eine Stoffstrombilanz zunächst für größere Betriebe einzuführen. Damit sollen alle Nährstoffzuflüsse und Nährstoffabflüsse eines Betriebes genau erfasst werden, und die entsprechende Verordnung ist in Arbeit. Ich gehe davon aus, dass wir das parlamentarische Verfahren jetzt rasch einleiten und noch abschließen können.

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Kollege Meiwald.

Peter Meiwald (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

(C)

Vielen Dank. – Da muss ich einfach direkt nachfragen: Heißt das, dass Sie hoffen, das parlamentarische Verfahren noch innerhalb der beiden uns nach dieser Sitzungswoche verbleibenden Sitzungswochen „abschließen zu können“? Ich würde gerne konkret hören, ob wir dann mit der Vorlage der Stoffstrombilanzverordnung rechnen dürfen.

Meine andere Frage geht auf das Gutachten des Sachverständigenrats für Umweltfragen zurück. Er hat vorgeschlagen, die Anforderungen an Tierhaltungsanlagen zu verschärfen und in der TA Luft dazu klare Vorgaben zu machen. Gibt es seitens des Ministeriums Bestrebungen, in der Richtung tätig zu werden und die TA Luft entsprechend nachzuschärfen?

Dr. Barbara Hendricks, Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit:

Ich gehe zunächst auf Ihre zweite Frage ein. – Was die TA Luft anbelangt: Ja, wir haben einen Entwurf in Arbeit, der aber nicht mehr fertig wird; das werden wir in dieser Legislaturperiode nicht mehr schaffen. Wir müssen das Thema fachlich noch genauer durchdringen, als wir das bisher tun, und zwar in gemeinsamer Verantwortung von Landwirtschaftsseite und Umweltseite. Wir müssen Tierwohl und Emissionsrecht in Einklang bringen; denn es kann nicht sein – um es einmal überspitzt zu formulieren –, dass wir alle Tiere in verschlossenen Kästen halten. Ich will gerne ein entsprechendes Gesetz auf den Weg bringen, aber es bedarf noch wissenschaftlicher Arbeit und auch der Zusammenarbeit der verschiedenen Institute, zum Beispiel zwischen dem Thünen-Institut und UBA.

(D)

Was die Stoffstrombilanz und den augenblicklichen Stand der Beratungen angeht, würde ich – wenn Sie einverstanden sind, Herr Präsident – den Kollegen Bleser bitten, das Wort zu ergreifen; denn die Federführung liegt beim BMEL. Wir sind zwar in Verhandlungen, aber Herr Bleser weiß aktuell mehr als ich.

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Wenn es nicht nur eine aktuelle, sondern auch eine konkrete Auskunft gibt, ist uns diese Ergänzung sehr willkommen. – Bitte schön, Herr Kollege Bleser.

(Harald Ebner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Letzteres wird nicht der Fall sein! – Britta Haßelmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wir sind schon voller Erwartung!)

Peter Bleser, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister für Ernährung und Landwirtschaft:

Vielen Dank.

(Britta Haßelmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Herr Bleser, die Spannung steigt!)

Parl. Staatssekretär Peter Bleser

- (A) Wir befinden uns zurzeit in der Tat in den Beratungen. Es geht letztlich um die technische Umsetzung der Düngeverordnung, darum, wie das im Detail geregelt wird.

(Oliver Krischer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Es geht immer um die technische Umsetzung!)

Uns liegt daran, das Vorhaben praxistauglich zu gestalten, insbesondere ohne unnötigen Bürokratieaufwuchs, was letztlich aber nicht ganz zu vermeiden sein wird.

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Darauf wäre fast keiner gekommen.

(Peter Meiwald [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Zeitplan? – Britta Haßelmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Den Satz hätte ich auch sagen können! Konkret ist aber anders, Herr Bleser! – Harald Ebner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Habe ich es nicht gesagt?)

Die nächste Frage stellt Frau Bulling-Schröter.

Eva Bulling-Schröter (DIE LINKE):

Danke schön. – Stickstoffverbindungen sind klimarelevant. Wir stehen vor der dringenden Aufgabe – ich sage einmal: bei Strafe des Untergangs –, die Pariser Beschlüsse einzuhalten. Meine Frage lautet: Können Sie sich vorstellen, gerade auch die Problematik der Stickstoffverbindungen in einem zukünftigen Klimaschutzgesetz zu regeln? Wir halten es für sinnvoll, ein Klimaschutzgesetz mit entsprechenden Untergesetzen und Verordnungen zu machen; denn das hätte sicher eine gute Wirkung. Allerdings muss man sagen: Gesetze sind immer nur so gut, wie sie überwacht werden.

(B)

Dr. Barbara Hendricks, Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit:

Frau Kollegin, in der Tat: Andere klimaschädliche Gase wie Ammoniak oder Methan sollten sinnvollerweise Gegenstand eines Klimaschutzgesetzes sein.

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Frau Kotting-Uhl.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Ministerin, ich habe Sie vorhin so verstanden, dass, was jetzt von der Bundesregierung aufgrund der Empfehlungen des SRU geleistet wurde, immerhin die Gemeinsamkeit war, festzustellen, dass Handlungsbedarf besteht; das muss angesichts der Ausrichtung des Landwirtschaftsministeriums wahrscheinlich tatsächlich als Erfolg bezeichnet werden.

Sie haben auf die Frage von Herrn Lenkert – er hat zum Vorschlag des SRU hinsichtlich einer Stickstoffüberschussabgabe gefragt – geantwortet, dass man in der Bundesregierung nichts davon hält. Ich würde Sie gerne zu anderen Vorschlägen des SRU fragen, zum Beispiel, wenn es darum geht, die Anforderungen an Tierhaltungsanlagen zu verschärfen, in der TA Luft klare und anspruchsvolle Vorgaben für Tierhaltungsanlagen zu

schaffen oder auch Reduktionsziele für den Gesamteintrag von reaktiven Stickstoffverbindungen aufzustellen oder die Hintergrundbelastung reaktiver Stickstoffverbindungen zu reduzieren. Das sind einige der relevanten Vorschläge des SRU. Wie bewerten Sie diese, und haben Sie vor, neben dem Bericht, den Sie jetzt vorgelegt haben, vielleicht auch eine Empfehlung für ganz bestimmte Maßnahmen – wem auch immer: im Umweltministerium und in der zukünftigen Bundesregierung – zu hinterlassen?

(C)

Dr. Barbara Hendricks, Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit:

Frau Kollegin Kotting-Uhl, ich hatte schon ausgeführt, dass wir in meinem Haus gerade an der Umsetzung der TA Luft im Zusammenhang mit Tierhaltungsanlagen arbeiten.

(Sylvia Kotting-Uhl [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Und die anderen Punkte?)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Kollege Krischer.

Oliver Krischer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herzlichen Dank, Herr Präsident. – Frau Ministerin, Sie haben eben wieder folgendes Spiel gespielt – diesmal mit Herrn Bleser –: Frau Hendricks kündigt etwas an, und die anderen Häuser bzw. der Rest der Bundesregierung setzt es nicht um oder blockiert. Ich möchte deshalb eine Frage zu Ihrem eigenen Zuständigkeitsbereich stellen: Anfang Mai hat die EU-Kommission unter anderem für Stickoxide aus Kohlekraftwerken, die eine wesentliche Ursache für Stickstoffeinträge in die Umwelt sind, Grenzwerte auf Basis der besten verfügbaren Technik festgelegt. Medienberichten war zu entnehmen, dass Deutschland versucht hat, zusammen mit Polen, Tschechien und anderen, diese Verschärfung der Grenzwerte zu verhindern. Dieser deutsche Bremsversuch ist Gott sei Dank nicht gelungen. Können Sie mir erklären, warum Sie als Umweltministerin bei einer schärferen Gesetzgebung, die durchaus im Sinne Ihres formulierten Zieles – Reduzierung des Stickstoffeintrags – wäre, auf EU-Ebene gebremst haben?

(D)

Dr. Barbara Hendricks, Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit:

Erstens habe ich an der Stelle nicht auf EU-Ebene gebremst. Damit hat sich ein anderes Gremium befasst, nämlich, soweit ich weiß, der AStV.

Zweitens. Wir waren zunächst in guten Gesprächen mit Vertretern der Europäischen Kommission und waren an einer Stelle der Auffassung, dass das, was von der Kommission vorgeschlagen wurde, technisch nicht regelungsfähig ist. Die Kommission hatte angedeutet, dass man darüber noch einmal reden wolle. Wir wurden dann davon überrascht, dass die Beschlussfassung schon am 28. April 2017 herbeigeführt worden ist; denn am 27. April sind wir noch davon ausgegangen, dass die Beschlussfassung verschoben würde. Insofern hat uns die Beschlussfassung überrascht. Da wir fachlich ande-

Bundesministerin Dr. Barbara Hendricks

- (A) rer Auffassung waren, haben wir tatsächlich nicht zugestimmt. Unsere Auffassung wurde übrigens durch das UBA bestätigt, welches bei Ihnen normalerweise nicht im Verdacht steht.

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Herr Lenkert stellt jetzt die letzte Frage zu diesem Themenkomplex.

Ralph Lenkert (DIE LINKE):

Frau Ministerin, ich möchte das Thema Lebensmittelverschwendung ansprechen. Auch das Wegwerfen von Lebensmitteln hat Einfluss auf die Stickstoffbilanz. Nun hat der Handel natürlich kein Interesse daran, weniger Lebensmittel zu verkaufen. Dann würde ja auch der Umsatz sinken. Vor diesem Hintergrund frage ich: Welche Maßnahmen wollen Sie seitens der Bundesregierung in den Bereichen Handel und Produktion ergreifen, um die Verschwendung von Lebensmitteln zu bekämpfen und die damit verbundenen Stickstoffeinträge zu reduzieren? Ich möchte die Zahl noch einmal nennen – Sie kennen sie sicher –: 11 Millionen Tonnen Lebensmittel werden in Deutschland pro Jahr als Abfall entsorgt.

Dr. Barbara Hendricks, Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit:

- (B) Kollege Lenkert, diese Zahl muss uns alle erschrecken. Dem wollen wir sicherlich gemeinsam entgegenreten. Allerdings ist es schwierig, auf das individuelle Konsumentenverhalten einzuwirken. Wir als Bundesregierung haben eine Strategie zum nachhaltigen Konsum aufgelegt, die auch den Bereich Lebensmittel umfasst – selbstverständlich nicht nur diesen Bereich, aber auch diesen –; letztlich führen aber Konsumentenentscheidungen dazu, dass Lebensmittel verschwendet werden.

Ich würde es für sinnvoll halten – darauf hat ja auch der Ernährungsminister schon einmal hingewiesen –, dass man auf den Verpackungen nicht nur das Mindesthaltbarkeitsdatum angibt, sondern auch das Datum, bis zu dem der Verzehr unbedenklich ist. Das würde sicherlich helfen, weil viele Menschen sich von den Mindesthaltbarkeitsdaten beeinflussen lassen, im Sinne von: Das werfe ich jetzt mal weg. – Faktisch weiß man, dass das nicht nötig ist. Ich zum Beispiel trinke kleine Mengen Vollmilch in meinem Kaffee. Ich nutze die Milch immer noch nach Ablauf des Mindesthaltbarkeitsdatums, weil ich ja gar nicht so viel davon verbrauche. Da passiert nichts. Ich glaube, es wäre vernünftig, beide Daten anzugeben. Über diesen Punkt sollte man mit der Lebensmittelindustrie verhandeln, oder man müsste eine entsprechende Vorschrift erlassen.

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Vielen Dank. – Wir schließen jetzt diesen Teil der Regierungsbefragung ab.

Gibt es Fragen zu anderen Themen der heutigen Kabinettssitzung? – Das ist nicht der Fall. Sonstige Fragen an die Bundesregierung gibt es aber reichlich. Zunächst erteile ich dem Kollegen Beck das Wort.

Volker Beck (Köln) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): (C)

Vielen Dank. – Meine Frage berührt den Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern. Herr Lothar de Maizière war letztes Jahr in Kairo und hat dort den Großscheich Ahmad al-Tayyib besucht. Diesen hat er jetzt auf dem Kirchentag erneut getroffen. Er wurde dort als großer Friedensvisionär und moderater Muslim gefeiert. Ich möchte wissen, ob der Bundesregierung bekannt ist und wenn ja, warum es nicht Gesprächsthema wurde, dass Herr al-Tayyib hinsichtlich Israel fragt: „Wenn man die religiöse Decke abnimmt, welche Berechtigung hätte denn Israel in dieser Region?“, und damit die Existenz dieses Staates infrage stellt. In 2002 soll er gesagt haben, dass Selbstmordattentate in Israel zu 100 Prozent islamisch seien.

Warum geht man bei einer öffentlichen Veranstaltung nicht kritisch damit um? Ich finde, ein Dialog mit dem Islam ist richtig, aber Dialog heißt auch, dass man solche Äußerungen benennt und zurückweist. Durch das Verschweigen solcher Probleme schafft man schließlich nur falsche Vorbilder; denn er hat jetzt nach diesem Auftritt sozusagen das Prüfsiegel des Bundesinnenministeriums und der Bundesregierung. Ich möchte wissen, wie Sie das wieder geraderücken wollen.

Dr. Günter Krings, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister des Innern:

Darf ich?

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Ja, klar. Bitte schön. Es besteht sogar eine gewisse (D) Erwartung, dass eine Antwort auf die Frage erteilt wird.

Dr. Günter Krings, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister des Innern:

Die Erwartung enttäusche ich ungern, insbesondere nicht diejenige des Bundestagspräsidenten.

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Das wollen wir einmal festhalten.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Dr. Günter Krings, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister des Innern:

Herr Kollege Beck, ich gehe davon aus, dass Sie nicht Lothar de Maizière meinten, den letzten Ministerpräsidenten der DDR, auch wenn Sie ihn eben genannt haben. Sie meinten bestimmt Thomas de Maizière. Aufgrund dieses Versprechers hatte ich gezögert und mich gefragt, ob mein Haus wirklich zuständig ist, diese Frage zu beantworten. Aber das setze ich jetzt einfach voraus.

In der Tat hat Thomas de Maizière auf dem Kirchentag an einer Diskussionsrunde, die ich selbst leider nicht besuchen konnte, teilgenommen. Sie war Teil des Dialogs, der dort – ich finde, vollkommen zu Recht; da sind wir uns wahrscheinlich einig – zwischen Christen und Muslimen, zwischen dem deutschen Staat und muslimischen Vertretern gepflegt worden ist. Allerdings kann ich mitnichten sehen, dass man hierdurch einer Person, auch

Parl. Staatssekretär Dr. Günter Krings

- (A) wenn sie in der islamischen Lehre noch so hochgestellt ist und vielleicht eine der höchsten islamischen Lehrautoritäten ist, ein Gütesiegel oder Ähnliches erteilt. Auf dem Kirchentag gab es viele Diskussionsrunden, bei denen Vertreter unterschiedlicher Parteien, auch Ihrer Partei, mit anderen diskutiert haben. Wenn man dies jedes Mal als eine Art Gütesiegel interpretieren würde, dann könnte man wahrscheinlich viele Diskussionen nicht mehr führen oder müsste sich gut überlegen, ob man teilnimmt.

(Zuruf des Abg. Volker Beck [Köln] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Der Dialog ist wichtig, und er hat stattgefunden. Das Zitat, das Sie genannt haben und das offenbar aus dem Jahr 2002 ist, bezieht sich, soweit mir bekannt ist, auf einen Artikel in der *New York Times*, den dann das AJC übernommen hat. Wie belastbar dieses Zitat ist, kann ich Ihnen hier wirklich nicht sagen.

(Volker Beck [Köln] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Aber warum spricht man das bei so einer Gelegenheit nicht an?)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Frau Leidig.

Sabine Leidig (DIE LINKE):

- (B) Vielen Dank. – Ich möchte die Gelegenheit nutzen, noch eine Frage an Frau Ministerin Hendricks zu richten. Hierbei geht es um das Luftverkehrskonzept, das wir heute im Verkehrsausschuss andiskutiert haben. Die Zuständigen der Bundesregierung haben deutlich formuliert, dass das Ziel dieses Konzeptes ist, den Luftverkehr zu steigern, also mehr Flugverkehr in Deutschland zu organisieren, auch um im internationalen Wettbewerb mehr Anteile zu gewinnen. Das ist eine Strategie, die den Klimaschutzziele deutlich im Wege steht. Sie entspricht auch nicht den Zielen und Verabredungen, über die in den Ländern diskutiert worden ist, und auch nicht den Vorstellungen der Posch-Kommission, die angeregt hat, sich auch mit Fragen des Lärmschutzes usw. intensiver zu beschäftigen. Mich würde interessieren, ob Sie bei der Erstellung dieses Konzeptes involviert sind, ob Sie eine Meinung dazu haben und wie Sie Ihre Position einbringen werden.

Dr. Barbara Hendricks, Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit:

Das Luftverkehrskonzept dient nach der Aussage des Bundesverkehrsministeriums der Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit des Luftverkehrs. Das Luftverkehrskonzept des Bundesverkehrsministeriums ist nicht mit uns abgestimmt worden. Dies habe ich bereits bedauert.

(Oliver Krischer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist ja eine tolle Bundesregierung hier! Sie wissen ja genauso wenig wie wir!)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Kollege Ebner.

Harald Ebner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

(C)

Ich wollte Frau Ministerin Hendricks noch etwas fragen. Frau Ministerin, Sie haben sich ja in Sachen Glyphosat engagiert und gesagt, dass man diesen Stoff nicht zulassen kann. Gestern war in einem *BR*-Beitrag zu hören, dass Sie einer Zulassung wohl mit strengen Anwendungsbestimmungen zustimmen.

Professor Christopher Portier, ehemaliger Direktor des National Institute of Environmental Health Sciences der USA, hat aber die ganzen Rohdaten und Originalstudienberichte analysiert und dabei festgestellt, dass nur 20 Prozent aller Krebseffekte in Betracht gezogen wurden, dass bei der Bewertung durch die EFSA und ECHA acht signifikante Krebseffekte komplett übersehen wurden und dass sich wesentliche Hinweise auf die krebserregende Wirkung von Glyphosat in den offiziellen europäischen Bewertungen in keiner Weise widerspiegeln. Deshalb meine Frage an Sie: Welche Konsequenzen ziehen Sie, zieht die Bundesregierung aus diesen neuen Erkenntnissen? Wie werden Sie die Analyse von Professor Portier bei der Abstimmung über die Wiederzulassung berücksichtigen, oder bleiben Sie bei den lediglich strengen Anwendungsbestimmungen?

Dr. Barbara Hendricks, Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit:

Herr Kollege, ich habe meine Entscheidung noch nicht endgültig gefällt. Die Berichterstattung darüber ist insofern nicht zutreffend.

Präsident Dr. Norbert Lammert:

(D)

Kollege Movassat.

Niema Movassat (DIE LINKE):

Danke, Herr Präsident. – Meine Frage richtet sich an das Auswärtige Amt. Es gab ja heute in Afghanistan einen schrecklichen Anschlag, bei dem mindestens 80 Menschen gestorben sind, und es gab über 350 Verletzte. Die Bundesregierung hat richtigerweise von einer niederträchtigen Tat gesprochen. Meine Frage zielt darauf, welche Konsequenz das für die Bewertung der Sicherheitslage in Afghanistan hat. Die Bundesregierung hat ja immer die Auffassung vertreten, dass es in Afghanistan sichere Gebiete gibt. Dazu wurden auch Teile Kabuls gezählt. Der Anschlag fand in Kabul statt. Von daher meine Frage an das Auswärtige Amt, ob dieser Anschlag, der ja nun zeigt, dass selbst bestens gesicherte Viertel in Afghanistan Ziel von Anschlägen werden können, für Sie Anlass sein wird, die Einstufung der Sicherheitslage zu überprüfen.

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Herr Staatsminister.

Michael Roth, Staatsminister im Auswärtigen Amt:

Vielen Dank, Herr Präsident. – Herr Kollege Movassat, das sind bestürzende Nachrichten, die wir heute aus Kabul übermittelt bekommen haben. Wir sind angesichts dieses furchtbaren Anschlages fassungslos, bei dem in der Tat ungefähr 80 Menschen ums Leben gekommen

Staatsminister Michael Roth

- (A) sind und es etwa 300 Verletzte gegeben hat. Ich muss Ihnen aber in einem Punkt widersprechen: Die Bundesregierung und auch das Auswärtige Amt haben die Sicherheitslage in Afghanistan niemals als generell sicher eingestuft, ganz im Gegenteil. Die Gefährdungslage bleibt in hohem Maße volatil und hat sich natürlich durch diesen verheerenden Terroranschlag mitnichten verbessert. Das Gegenteil ist der Fall. Wir werden natürlich im Lichte von solch fürchtbaren barbarischen Ereignissen die Sicherheitslage immer wieder überprüfen.

Einen konkreten Hinweis möchte ich im Rahmen dieser Regierungsbefragung noch mitgeben: Der Bundesinnenminister hat heute Morgen vor dem Hintergrund des Anschlages entschieden, die zentrale Rückführung nach Kabul, die heute erfolgen sollte, auszusetzen.

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Kollege Ströbele.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

- (B) Meine Frage betrifft das gleiche Thema. Das drängt sich ja auf. Ich gehe davon aus, dass sich die Bundesregierung in der heutigen Sitzung mit diesem grauenhaften Anschlag beschäftigt hat. Kabul ist der Ort, der immer wieder als relativ sicher bezeichnet worden ist. Ich war selber mehrfach in Kabul und kenne die Gegend in der Nähe der deutschen Botschaft, wo jetzt der Anschlag stattgefunden hat. Die deutsche Botschaft soll ja auch erheblich betroffen sein. Sie ist durch meterdicke Betonmauern gesichert. Trotzdem sind dort Scheiben kaputtgegangen und offenbar auch Menschen zu Schaden gekommen; es gab wahrscheinlich einen Toten und mehrere Verletzte.

Will die Bundesregierung nach diesem Ereignis – nachdem es im eigentlich sichersten Bereich in Kabul, in dem Bereich, in dem sich auch die Abgeordneten aufhalten sollen, weil es dort relativ sicher ist, zu einem Anschlag gekommen ist – nicht doch ihre Auffassung im Hinblick auf sichere Bereiche in Afghanistan überprüfen und sagen: „In Afghanistan ist es nirgendwo mehr sicher, schon gar nicht in Kabul“?

Ich bin dankbar, dass Sie, Herr Staatsminister, angesprochen haben, dass die für heute geplante Abschiebung nach Kabul gestoppt worden ist und dass es sich hierbei nicht um einen einmaligen Stopp handelt, sondern dass zunächst einmal alle Abschiebungen nach Afghanistan gestoppt werden und die Lage dort völlig neu beurteilt werden muss.

Vizepräsidentin Petra Pau:

Kollege Ströbele, ich bitte darum, jetzt das Fragezeichen zu setzen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Ja, nur noch diesen Satz. – Mir stellt sich die Frage: Was muss in Afghanistan noch passieren, damit die

- Bundesregierung zu einer realistischen Gefährdungseinschätzung kommt? (C)

Michael Roth, Staatsminister im Auswärtigen Amt:

Frau Präsidentin! Herr Abgeordneter, der Anschlag ist in unmittelbarer Nähe der deutschen Botschaft in Kabul verübt worden. Ich habe noch keine detaillierten Informationen. Deswegen bitte ich um Verständnis dafür, dass die Zahlen, die ich nenne, und die Aussagen, die ich treffe, unter einem gewissen Vorbehalt stehen. Ich habe ja eben auch Zahlen genannt: 80 Tote, circa 300 Verletzte. Das Botschaftsgebäude selbst ist sehr schwer beschädigt worden. Unsere Kolleginnen und Kollegen, die in Kabul im Einsatz sind, und auch die Kräfte vor Ort sind in Sicherheit. Es gibt aber eine Verletzte, die zum Team der deutschen Botschaft gehört.

Entgegen anderslautenden Diskussionen in der Öffentlichkeit gibt es keine pauschal als sicher zu bewertenden Regionen in Afghanistan. Bei jeder Rückführung wird jeweils die individuelle Situation der betreffenden Person überprüft. In der Tat ist es so, Herr Kollege Ströbele, dass die Lage in Kabul bislang als relativ sicher eingestuft wurde. Aber auch dies muss immer in Anbetracht der individuellen Situation geschehen.

- (D) Lassen Sie mich das an einem Beispiel belegen. Wenn jemand als Paschtune nach Kabul zurückkehrt, galt und gilt das bislang als relativ sicher. Wenn aber jemand als zum Christentum konvertierter Afghane nach Kabul kommt, ist die Lage differenzierter zu bewerten. Das macht deutlich, dass ich hier keine pauschalen Antworten zu geben vermag, sondern nur im Hinblick auf den jeweils individuellen Fall eine Bewertung vornehmen kann.

Vizepräsidentin Petra Pau:

Ich lasse die zwei noch angemeldeten Fragen zu, bitte aber die Fragesteller und die Antwortenden, sich kurzzufassen.

Die Kollegin Haßelmann hat das Wort.

Britta Haßelmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Auch ich möchte auf die Sicherheitslage und die Sicherheitseinschätzung in Afghanistan zu sprechen kommen. Herr Roth, erst einmal danke für Ihre Ausführungen. Sie können einen aber nicht zufriedenstellen; denn die Bundesregierung hat uns monatelang erklärt, dass es in Afghanistan sichere und nicht sichere Regionen gibt und dass man deshalb nach Afghanistan abschieben kann. Wir können gerne herausarbeiten, was für Antworten die Bundesregierung uns dazu gegeben hat.

Zu der Aussage, dass man sich jeden Fall einzeln ansieht und dabei die spezifische Herkunftssituation berücksichtigt, muss ich sagen: So ist es doch nicht. Das weiß jeder, der sich damit befasst. Meine Frage ist: Wie lange wollen Sie uns eigentlich noch mit der Aussage hinhalten, dass Sie die Sicherheitslage neu einschätzen und überprüfen? Das hören wir als Parlament seit dem Anschlag auf Masar-i-Scharif vor über drei Wochen. Die

Britta Haßelmann

- (A) Dramatik potenziert sich durch den aktuellen Anschlag natürlich.

Vizepräsidentin Petra Pau:

Bitte, Herr Staatsminister.

Michael Roth, Staatsminister im Auswärtigen Amt:

Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Frau Kollegin Haßelmann, die Sicherheitslage wird natürlich generell im Lichte aktueller Entwicklungen überprüft; dazu sind wir schlicht verpflichtet. Aber die Lage ändert sich. Sie ist in Afghanistan – darauf habe ich bereits hingewiesen – als in höchstem Maße volatil einzustufen. Ich verwahre mich aber gegen den Vorwurf, dass es in den vergangenen Monaten oder auch Jahren zu pauschalen Rückführungen gekommen ist. Die relativ geringe Zahl von Rückführungen macht deutlich, dass es jeweils zu einer individuellen Überprüfung der Situation der Menschen, die keinen dauerhaften Aufenthaltsstatus in Deutschland haben und in ihr Heimatland zurückgeführt werden, kommt. Das macht ja nicht die Bundesregierung im Auftrag der Bundesländer. Vielmehr sind für die einzelnen Überprüfungen in Deutschland die Bundesländer zuständig, und sie müssen ihrer Verantwortung auch gerecht werden.

(Britta Haßelmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Und wann wollen Sie die Sicherheitslage neu einschätzen?)

Vizepräsidentin Petra Pau:

- (B) Die nächste Frage stellt der Kollege Beck.

Volker Beck (Köln) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Gleiches Thema, anderes Ressort: In der letzten Woche gab es im Auswärtigen Amt eine Konferenz zur Friedensverantwortung der Religionen. Ich finde, das ist ein wichtiger Ansatz. Dort waren auch äußerst problematische Gäste zugegen. Auch das finde ich grundsätzlich erst einmal richtig, weil in den Dialog auch die mit einbezogen werden müssen, bei denen wir noch Überzeugungsarbeit leisten müssen. Trotzdem möchte ich gerne wissen, warum weder beim Einführungsvortrag von Herrn Gabriel noch beim Einführungspanel diese Problematik thematisiert wurde und in welcher Form die Positionen dieser Leute in der Veranstaltung klar und deutlich benannt und zurückgewiesen wurden.

Ich beziehe mich hier zum einen auf den Vertreter des IZH, das vom Landesamt für Verfassungsschutz beobachtet wird, Herrn Hamid Reza Torabi, der in der Vergangenheit zu den Teilnehmern und Organisatoren der Berliner Al-Quds-Demonstrationen gehörte, einer antisraelischen und auf die Vernichtung Israels ausgerichteten Veranstaltung, und zum anderen auf Herrn Seyed Abdolhassan aus Ghom, der dort an einer islamistischen Kaderschmiede lehrt. Ich könnte Ihnen jetzt die Äußerungen dieser Akademie und dieser Person zur Homosexualität, zur Außenpolitik usw. vortragen.

Vizepräsidentin Petra Pau:

Das wird jetzt nicht mehr gelingen.

Volker Beck (Köln) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): (C)

Das will ich nicht tun. Ich möchte aber wissen, wie deutlich gemacht wurde, dass wir zwar einen Dialog mit ihnen führen, dass unser Standpunkt aber die Zurückweisung ihrer Positionen ist. Im öffentlichen Panel war das nämlich nicht vernehmbar.

Vizepräsidentin Petra Pau:

Bitte, Herr Staatsminister.

Michael Roth, Staatsminister im Auswärtigen Amt:

Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Herr Kollege Beck, zunächst einmal freue ich mich sehr darüber, dass Sie die Bemühungen des Auswärtigen Amtes, einen Beitrag zum interreligiösen Dialog zu leisten, anerkennen. Genau das war das Ziel dieser Konferenz. Ich selbst habe das Abschlusspanel geleitet. Wir haben den dort Anwesenden zugehört und dann einen entsprechenden Auftrag für die Zukunft erarbeitet.

Ich bin sehr froh darüber, dass es uns gelungen ist, über 100 Repräsentantinnen und Repräsentanten der unterschiedlichen Religionsgemeinschaften und Kirchen zusammenzubringen. Es handelte sich hierbei insbesondere um Repräsentantinnen und Repräsentanten des Islams, des Judentums und des Christentums, aber auch anderer Religionen. Wir haben uns dort weniger als Richter aufgespielt, sondern vor allem den interreligiösen Dialog befördern wollen. Dabei ging es um die ganz zentrale Frage: Welchen Beitrag können und müssen Religionsgemeinschaften leisten, um dem Frieden in der Welt zu dienen? Dieser Dialog ist von den Teilnehmenden in hohem Maße begrüßt worden. (D)

Sie haben von Herrn Torabi gesprochen. Er ist in der Tat als einer von 1 000 Gästen eingeladen worden, hat aber an der Konferenz nicht teilgenommen. Wir haben Herrn Torabi deshalb eingeladen, weil wir nicht nur sunnitische Vertreterinnen und Vertreter des Islams in Deutschland einladen wollten. Herr Torabi ist einer der wichtigen – durchaus auch umstrittenen – Repräsentanten des schiitischen Teils des Islams in Deutschland. Herr Kollege Beck, ich darf Ihnen noch einmal versichern, dass wir uns als Bundesregierung und erst recht als Auswärtiges Amt nicht irgendwelche antisemitischen oder dem Frieden nicht dienlichen Aussagen von einzelnen Teilnehmenden zu eigen machen, ganz im Gegenteil. Es war eine Einladung zum Dialog, und dieser Einladung zum Dialog haben viele Folge geleistet, aber nicht Herr Torabi.

Vizepräsidentin Petra Pau:

Danke, Herr Staatsminister. – Ich beende die Regierungsbefragung.

Wir kommen zu Tagesordnungspunkt 4:

Fragestunde

Drucksache 18/12501

Die Parlamentarischen Geschäftsführer haben sich darauf verständigt, dass der folgende Tagesordnungs-